

Leitbild für eine alternative Agrar-, Forst- und Ernährungspolitik

Arbeitskreis für Ernährung und
Landwirtschaft



Bildquelle: stock.adobe.com / Ingo Bartussek



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Inhalt

Vorwort	3
Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln	4
Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung	6
Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe und Agrargenossenschaften	8
Bekanntnis zur Nutztierhaltung in Deutschland	10
Schutz einer intakten Umwelt	12
Agrarforschung und technologischer Fortschritt	14
Nachhaltige Waldbewirtschaftung und gesunde Wälder	16
Jagd und Forst gehören zusammen	18
Mitglieder des Arbeitskreises für Ernährung und Landwirtschaft der AfD-Bundestagsfraktion	20
Der Arbeitskreis in Zahlen	22

Vorwort

Liebe Mitbürger,

noch nie war uns so bewusst wie heute, wie wichtig die heimische Landwirtschaft für unsere Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln ist. Umso schmerzlicher ist der Zustand, in dem sie sich nach 16 Jahren Merkel- und einem Jahr Ampel-Regierung befindet. Deutschland ist hochgradig von Lebensmittelimporten aus dem Ausland abhängig – Tendenz steigend. Die EU-Kommission und die Bundesregierung schränken die heimische landwirtschaftliche Produktion in immer kürzeren Abständen mit ständig neuen Verboten und Auflagen massiv ein. Angesichts der sicherheitspolitischen Bedeutung der Landwirtschaft kann diese bauernfeindliche Politik nur als fataler Irrweg bezeichnet werden.

Durch die Agrarpolitik der Altparteien hat sich die Zahl der Höfe in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren fast halbiert; jeden Tag sind mehr als sechs Betriebe gezwungen, ihre Hoftore für immer zu schließen. Notgedrungen nimmt die Zahl der im Nebenerwerb bewirtschafteten Betriebe zu und junge Hofnachfolger sind kaum noch zu finden. Wenn aber bäuerliche Familienbetriebe verschwinden, dann verschwindet immer auch ein Stück regionale Identität und traditionelles bäuerliches Erbe. Die alte deutsche Redensart behält hier ihre Gültigkeit: »Stirbt der Bauer, stirbt das Land.«

Gleichzeitig wächst der gesellschaftliche Druck auf die Landwirtschaft. Die Mainstream-Medien greifen die unwissenschaftliche und ideologische Kritik der links-grünen Umweltverbände häufig unreflektiert auf und vermitteln der Öffentlichkeit dadurch ein Bild von einer Landwirtschaft, das nicht der Realität entspricht – mit der Folge, dass die Anfeindungen gegen Landwirte zunehmen, sogar in Schulklassen. Dies muss mit aller Kraft verhindert werden. Die Bauern sind nicht der Sündenbock der Nation, sondern verdienen vielmehr unser aller Respekt und Wertschätzung.

Für uns als AfD-Fraktion steht unmissverständlich fest, dass Heimat Bauern braucht. Wenn wir auch in Zukunft eine vielfältige Landwirtschaft mit bäuerlichen Familienbetrieben in Deutschland haben wollen, dann müssen wir den gravierenden Fehlentwicklungen der Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte jetzt entgegenreten. In diesem Leitbild finden Sie unsere politischen Vorstellungen für eine grundlegende Reform der deutschen Agrarpolitik. Wir treten für den Erhalt eines starken, freien und unabhängigen Bauernstands in Deutschland ein. Dazu werden wir die notwendigen stabilen Rahmenbedingungen schaffen, damit die bäuerlichen Betriebe wieder gut von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können und endlich eine sichere Perspektive bekommen. Dies wird selbstverständlich im Einklang mit den Belangen des Umwelt-, Arten- und Tierschutzes erfolgen. Schenken Sie uns dafür bitte Ihr Vertrauen und vergessen Sie nicht: Wir sind die Alternative.

Stephan Protschka

Stephan Protschka MdB
Sprecher des Arbeitskreises Ernährung und Landwirtschaft

Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln

Deutschland ist ein landwirtschaftlicher Gunststandort mit fruchtbaren Böden und ausreichend Niederschlag. Zuletzt haben uns jedoch die gestörten globalen Lieferketten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie die Auswirkungen des Ukraine-Krieges eindrücklich vor Augen geführt, dass die Lebensmittelversorgung auch eine sicherheitspolitische Bedeutung für unser Land hat. Die deutsche Landwirtschaft ist in der Lage, uns mit hochwertigen Grundnahrungsmitteln zu versorgen und einen wichtigen Beitrag zur Energie- und Rohstoffversorgung zu leisten. Neben tierischen Produkten werden vor allem Brotgetreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Ölsaaten, Obst und Gemüse angebaut. Al-

erdings sinkt in Deutschland seit Jahren der Selbstversorgungsgrad bei Grundnahrungsmitteln. Das bedeutet, dass wir bereits heute erheblich von Nahrungsmittelimporten aus dem Ausland abhängig sind. Insbesondere bei Gemüse (36 Prozent), Obst (20 Prozent) und Eiern (72 Prozent) ist der Selbstversorgungsgrad besonders niedrig.

Vor diesem Hintergrund ist es umso unverständlicher, dass die EU-Kommission im Rahmen ihres Green-Deals beabsichtigt, die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland und Europa massiv einzuschränken. So will die EU-Kommission beispielsweise den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirt-

schaft pauschal halbieren und stellenweise sogar ganz verbieten. Der Düngereinsatz soll um mindestens 20 Prozent reduziert und 10 Prozent der gesamten Ackerfläche stillgelegt werden. Die Auswirkungen dieser Pläne wären katastrophal. Alle bisher vorliegenden wissenschaftlichen Folgenabschätzungen zeigen, dass die landwirtschaftlichen Erträge – je nach Kultur – um 10–30 Prozent einbrechen würden. Diese deutlichen Ertragsrückgänge müssten dann zwangsläufig durch noch höhere Nahrungsmittelimporte ersetzt werden; für die Bauern wäre das mit erheblichen Einkommensverlusten verbunden.

Diesem Irrsinn stellen wir uns entschlossen entgegen. Stattdessen streben wir einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad bei Grundnahrungsmitteln an, um Deutschland von Auslandsimporten so unabhängig wie möglich zu machen. Wettbewerbsverzerrende Freihandelsabkommen, die auf dem Rücken unserer Bauern ausgetragen werden, wird es mit uns nicht geben. Wir setzen auf eine nachhaltig intensive Landwirtschaft, die die Flächenproduktivität ressourceneffizient erhöht und gleichzeitig die Anforderungen des Umwelt- und Artenschutzes erfüllt. Flankierend dazu werden wir den – nach wie vor viel zu hohen – Flächenverbrauch in Deutschland stark reduzieren und den Einfluss außerlandwirtschaftlicher Investoren zurückdrängen. Boden ist das wichtigste Gut in der Landwirtschaft und die Grundlage für unsere Lebensmittelproduktion. Es ist deshalb nicht akzeptabel, dass Tag für Tag mehr als 50 Hektar wertvolle Ackerflächen in Deutschland versiegelt werden und dadurch für immer verloren gehen.

Unsere Kernforderungen und Anträge für die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln:

- Sicherstellung einer möglichst hohen Versorgung mit heimischen Lebensmitteln (Bundestagsdrucksache 20/1028)
- Nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft, um bezahlbare Lebensmittel zu gewährleisten (Bundestagsdrucksache 20/1026)
- Förderung von Hofnachfolgern und landwirtschaftlichen Existenzgründern
- Keine Freihandelsabkommen zu Ungunsten der deutschen Landwirtschaft (Bundestagsdrucksache 20/5361)
- Reduzierung des überhöhten Flächenverbrauchs zulasten wertvoller Agrarflächen



Bildquelle: stock.adobe.com / Jacob Lund

Folgen des Ukraine-Krieges bewältigen – Ernährungssicherheit in Deutschland sicherstellen

Drucksache 20/1028

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/010/2001028.pdf>



Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die globalen Agrarmärkte – Voraussetzungen für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Lebensmitteln schaffen

Drucksache 20/1026

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/010/2001026.pdf>



Heimische Landwirtschaft und tropischen Regenwald schützen – Nein zum geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten

Drucksache 20/5361

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005361.pdf>



Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung



Ressourceneffizienz angesichts der Auswirkungen des Ukraine-Krieges erhöhen – Vermeidbare Lebensmittelabfälle in Deutschland nachhaltig reduzieren

Drucksache 20/1030

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/010/2001030.pdf>



Wir halten am bewährten Leitbild des mündigen Verbrauchers fest. Anstelle von Verboten und staatlicher Bevormundung setzen wir in der Ernährungspolitik auf mehr Informationen und Bildung. Jeder Bürger muss weiterhin frei und eigenverantwortlich selbst entscheiden dürfen, was er verzehrt. Wir werden ihn dabei unterstützen, indem wir eine transparente und verständliche Kennzeichnung von Herkunft und Inhaltsstoffen bei Lebensmitteln ermöglichen. Wir wollen die deutsche Esskultur bewahren und traditionelle heimische Lebensmittel besonders schützen. Künstliche

Verteuerungen bestimmter Lebensmittelgruppen – wie beispielsweise eine Steuer auf das Kulturgut Fleisch – sowie Werbeverbote lehnen wir daher ausdrücklich ab.

Besonders wichtig ist es uns, Kinder und Jugendliche schon früh an das Thema Ernährung heranzuführen. Ihnen soll bereits im Kindergarten und in der Schule der Wert von Lebensmitteln vermittelt sowie ein bewusstes Ernährungsverhalten nahegebracht werden. Hilfreich sind dabei beispielsweise Schulgärten und Bauernhofbesuche. Um

die Ernährungsbildung verbindlich in den Bildungsplänen der Länder zu verankern, müssen ernährungsbezogene Inhalte im Lehramtsstudium sowie in der Ausbildung von Erziehern und Kindheitspädagogen stärker berücksichtigt werden.

Die jährlich anfallenden knapp sieben Millionen Tonnen vermeidbare Lebensmittelabfälle werden wir weiter reduzieren. Das ist ethisch und sozial geboten. Dies werden wir erreichen, indem wir einerseits die nicht nachvollziehbaren EU-Vermarktungsnormen

– Stichwort »Gurken-Krümmungsgrad« – grundlegend überarbeiten und andererseits Lebensmittelspenden durch steuerliche Anreize und den Abbau von Haftungsrisiken fördern. Viel Potenzial bietet hierbei auch der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI), mit deren Hilfe sich beispielsweise Nachernteverluste verringern lassen oder der Einkauf im Handel optimiert werden kann.

Unsere Kernforderungen und Anträge für mehr Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung:

- Beibehaltung des Leitbilds des mündigen Verbrauchers
- Transparente und verständliche Herkunftskennzeichnung aller Lebensmittel (Bundestagsdrucksache 20/4889)
- Besonderer Schutz traditioneller heimischer Lebensmittel
- Ernährungsbildung in Kindergärten und Schulen
- Lebensmittelverschwendung sinnvoll reduzieren (Bundestagsdrucksache 20/1030)

Eine transparente Herkunftskennzeichnung als Voraussetzung für eine freie und mündige Kaufentscheidung

Drucksache 20/4889

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/048/2004889.pdf>



Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe und Agrargenossenschaften

Die vielen bäuerlichen Familienbetriebe und Agrargenossenschaften in Deutschland bilden die Grundlage für unsere Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln. Darüber hinaus schützen sie aber auch unsere natürlichen Lebensgrundlagen und pflegen die wunderschönen Kulturlandschaften Deutschlands. Sie halten Traditionen und Brauchtum aufrecht und sind damit unersetzlich für die regionale Identität. Diese wichtigen und vielfältigen Leistungen verdienen Anerkennung – es liegt deshalb im besonderen gesamtgesellschaftlichen Interesse, die deutsche Landwirtschaft zu erhalten. Wir bekennen uns dabei sowohl zur konventionellen als auch zur ökologischen Landwirtschaft, ohne eine der beiden Bewirtschaftungsformen zu bevorzugen.

Bauern müssen ein hohes unternehmerisches Risiko tragen. Damit die Landwirtschaft auch langfristig eine Zukunftsperspektive in Deutschland hat, benötigt sie Planungs- und Investitionssicherheit sowie wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Die mittelständischen bäuerlichen Betriebe werden in immer kürzeren Abständen mit neuen Auflagen und Verboten belastet; schon heute betragen die jährlichen bürokratischen Gesamtkosten in der Landwirtschaft mehr als 620 Millionen Euro. Diese überbordende Bürokratie ist nicht länger hinnehmbar. Im Rahmen einer umfangreichen Entbürokratisierung werden wir ineffiziente Normen und Vorgaben deregulieren und damit den Bauern wieder mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit zurückgeben. Dadurch tragen wir dazu bei, die hohen landwirtschaftlichen Produktionskosten in Deutschland zu senken und das wirtschaftliche Wachstum zu begünstigen.

Neben weiteren Entlastungen auf der Kostenseite, wie beispielsweise einer Erhöhung der Agrardieselvegütung, setzen wir uns außerdem für faire Erzeugerpreise ein. Aufgrund des intensiven Verdrängungswettbewerbs im hochkonzentrierten Lebensmitteleinzelhandel, aber auch in der Ernährungsindustrie,

sind die Bauern als schwächstes Glied in der Lebensmittelkette einem massiven Preisdruck ausgeliefert. Es gilt deshalb, die derzeit schwache Marktstellung von landwirtschaftlichen Betrieben entscheidend zu stärken, um sie vor dieser ruinösen Preispolitik besser zu schützen. Mit der Einführung einer verbindlichen Herkunftskennzeichnung schaffen wir nicht nur mehr Transparenz über den Ursprung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sondern unterstützen auch die bäuerlichen Familienbetriebe. Des Weiteren sehen wir in der landwirtschaftlichen Direktvermarktung und in den regionalen Verarbeitungsstrukturen einen Schlüssel, um die Wertschöpfung vor Ort zu steigern und die regionale Vielfalt zu erhalten. Es soll auch in Zukunft regional erzeugte, heimische Lebensmittel geben – dafür werden wir uns mit geeigneten Maßnahmen noch stärker als bisher einsetzen.

Unsere Kernforderungen und Anträge für den Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe und Agrargenossenschaften:

- Planungs- und Investitionssicherheit sowie wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen
- Mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit für landwirtschaftliche Betriebe
- Verdoppelung der Agrardieselvegütung (Bundestagsdrucksache 20/3699)
- Stärkung der Marktstellung landwirtschaftlicher Betriebe (Bundestagsdrucksache 20/5355)
- Stärkung der Direktvermarktung und regionaler Verarbeitungsstrukturen (Bundestagsdrucksache 20/4899)

Familienbetriebe



Spürbare Entlastung der heimischen Landwirtschaft durch eine Verdoppelung der Agrardieselvegütung
Drucksache 20/3699
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003699.pdf>



Heimat braucht Bauern – Bäuerliche Familienbetriebe in Deutschland erhalten
Drucksache 20/5355
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005355.pdf>



Bekanntnis zur Nutztierhaltung in Deutschland



Deutsche Schweinehaltung retten
Drucksache 20/702

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000702.pdf>



Bildquelle: stock.adobe.com / Steffen Eichner

Wir bekennen uns klar und deutlich zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Deutschland. Nutztiere sind ein unverzichtbarer Teil einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Sie verwerten die für uns Menschen nicht essbare Pflanzenmasse aus der landwirtschaftlichen Produktion und erzeugen dabei ganzjährig hochwertige eiweißreiche Lebensmittel. Nebenbei entsteht wertvoller organischer Dünger, der die Bodenfruchtbarkeit verbessert und den Pflanzen wiederum die Nährstoffe liefert, die sie für ihr Wachstum benötigen. Ohne die heimische Nutztierhaltung müssten deutlich mehr synthetische Düngemittel in der Landwirtschaft eingesetzt werden, viele Wiesen und Weiden könnten nicht mehr genutzt werden und würden verloren gehen.

Für uns spielen Tierschutz und eine artgerechte Haltung eine überaus wichtige Rolle. Deutschland hat weltweit mit den höchsten gesetzlichen Anforderungen an die Haltung von Nutztieren ein sehr hohes Tierschutzniveau. Die Tierhalter selbst haben das größte Interesse am Wohlergehen ihrer Tiere, stehen jedoch wirtschaftlich stark unter Druck: Die zahlreichen und unverhältnismäßigen Auflagen und Verbote erhöhen die Produktions- und Investitionskosten der tierhaltenden Betriebe und rauben ihnen jede Planungssicherheit. Hinzu kommt, dass sie Billigimporten aus Drittstaaten mit niedrigeren Standards schutzlos ausgesetzt sind. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, um die Existenzen der Bauernfamilien und die Versorgungssicherheit mit tierischen Lebensmitteln in Deutschland zu sichern. Wir werden die Tierhalter bei den notwendig gewordenen Investitionen unterstützen und rechtliche Planungssicherheit herstellen. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, werden wir uns außerdem mit Nachdruck europaweit sowie im Rahmen von Abkommen für einheitliche Haltungsbedingungen einsetzen.

Wir setzen uns für eine mitfühlende und würdevolle Behandlung aller Tiere ein. Dies bezieht sich auf die Haltung, den Transport und die Schlachtung. Indem wir regionale Schlachthöfe fördern, setzen wir uns für eine möglichst kurze Tiertransportdauer ein. Die Ausnahmeregelung für das grausame betäubungslose Schlachten (Schächten) werden wir nach dem Vorbild vieler unserer europäischen Nachbarländer ersatzlos streichen.

Die Rückkehr des Wolfes in unsere Kulturlandschaft beobachten wir mit großer Sorge, weil dadurch die heimische Weidetierhaltung existenziell gefährdet wird. Der rein passive Herdenschutz hat sich angesichts massiv steigender Wolfsrisse in der Praxis als völlig unbrauchbar erwiesen. Der unkontrollierte Anstieg des Wolfsbestands ist inzwischen zu einer ernststen Bedrohung für den Fortbestand der ökologisch wertvollen und artgerechten Weidehaltung in Deutschland geworden. Der Wolf muss deshalb schnellstmöglich aktiv reguliert werden. In besonders sensiblen Gebieten werden wir wolfsfreie Zonen einrichten. Geschädigte Weidetierhalter sollen für die Wolfsschäden schnell und unbürokratisch sowie unter Anwendung einer Beweislastumkehr bei der Rissbegutachtung entschädigt werden.

Unsere Kernforderungen und Anträge als Bekanntnis zur Nutztierhaltung in Deutschland:

- Unterstützung für heimische Nutztierhalter (Bundestagsdrucksache 20/702)
- Europaweit einheitliche Haltungsbedingungen für Nutztiere
- Vereinfachte Bewilligungsverfahren für Stallbauten und -umbauten
- Ersatzlose Streichung der Ausnahmeregelung für das Schächten (Bundestagsdrucksache 20/5365)
- Schutz der heimischen Weidehaltung durch aktive Regulierung des Wolfes (Bundestagsdrucksache 20/515)

Tierschutz stärken – § 4a Absatz 2 Nummer 2 des Tierschutzgesetzes streichen

Drucksache 20/5365

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005365.pdf>



Deutsche Weidetierhaltung erhalten – Unkontrollierten Anstieg des Wolfsbestandes regulieren

Drucksache 20/515

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/005/2000515.pdf>



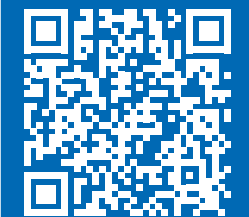


Schutz einer intakten Umwelt

Heimat braucht Bauern –
Bäuerliche Familienbetriebe in Deutschland erhalten

Drucksache 20/5355

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005355.pdf>



Wir sind uns unserer Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen bewusst und messen deshalb dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und einer intakten Umwelt große Bedeutung bei. Dabei stellen Naturschutz und Landwirtschaft grundsätzlich keinen Gegensatz dar, sondern sind untrennbar miteinander verbunden. Es ist das ureigenste Interesse der Bauern, mit Natur und Boden gut umzugehen, um langfristig damit wirtschaften zu können. Anstelle der bisherigen Verbotspolitik werden wir vermehrt auf Anreize zur freiwilligen Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz setzen und den Vertragsnaturschutz stärken. Außerdem muss eine ausreichende finanzielle Förderung sichergestellt werden, da Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen mit hohen Kosten und Einschränkungen für die landwirtschaftlichen Betriebe einhergehen.

Den massiven Ausbau von Photovoltaik-Freiflächen- und Windenergieanlagen sehen wir unter den Gesichtspunkten des Umwelt-, Arten- und Naturschutzes äußerst kritisch. Wissenschaftliche Studien zeigen die verheerende Wirkung von Windkraftanlagen auf gefährdete Greifvögel, Fledermäuse und Insekten. Solche

Anlagen sind deshalb künftig nur noch an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Mensch, Tier oder das Landschaftsbild zu erwarten sind. Vor allem der Wald und ausgewiesene Schutzgebiete müssen vor der Windkraft geschützt werden. Die großflächigen Photovoltaik-Freiflächenanlagen verbrauchen derzeit Unmengen an fruchtbaren Agrarflächen. Dies muss unterbunden werden. Photovoltaik gehört nicht auf den Acker, sondern sollte allenfalls auf Dachflächen bzw. Industrie- und Gewerbegebäuden installiert werden. Darüber hinaus verschandelt diese Form der Energieerzeugung das Landschaftsbild und zerstört unsere schöne Heimat.

Wir halten an der bewährten, guten fachlichen Praxis im Pflanzenschutz fest. Die bei uns zugelassenen Pflanzenschutzmittel sind sicher und haben – bei bestimmungsgemäßer und sachgerechter Anwendung – keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder das Grundwasser. Die Sachkundepflicht gewährleistet den verantwortungsbewussten Umgang mit Pflanzenschutzmitteln durch die beruflichen Anwender und der gesetzlich verankerte inte-

griierte Pflanzenschutz beschränkt den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf das absolut notwendige Maß. Wir werden sicherstellen, dass der bedarfsgerechte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auch in Zukunft möglich bleibt. Potenziale für eine Verringerung der Aufwandmenge sehen wir in innovativen Technologien und der modernen Landtechnik. So ermöglicht die »See & Spray«-Technologie schon heute die gezielte Behandlung von Einzelpflanzen, wodurch bis zu zwei Drittel des Pflanzenschutzmittelverbrauchs eingespart werden können.

Der Grundwasser- und Gewässerschutz ist uns ebenfalls wichtig. Jedoch erachten wir die derzeitigen pauschalen Düngebeschränkungen in diesem Zusammenhang als ungeeignet, weil sie zu massiven ökologischen Problemen wie beispielsweise einem Verlust von Bodenfruchtbarkeit oder Humusabbau führen. Wir setzen uns deshalb für mehr Verursachergerechtigkeit ein und werden die bedarfsgerechte Nährstoffversorgung der Pflanzen nach guter fachlicher Praxis wieder ermöglichen.

Unsere Kernforderungen und Anträge zum Schutz einer intakten Umwelt:

- Mehr Anreize für die Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sowie Stärkung des Vertragsnaturschutzes (Bundestagsdrucksache 20/5355)
- Ausreichend Fördermittel für Agrarumweltmaßnahmen
- Schluss mit der Verschandelung der Landschaft durch Windkraftanlagen und großflächige Photovoltaik-Freiflächenanlagen
- Der bedarfsgerechte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nach guter fachlicher Praxis soll auch in Zukunft möglich bleiben
- Die bedarfsgerechte Nährstoffversorgung der Pflanzen nach guter fachlicher Praxis muss wieder möglich werden

Agrarforschung und technologischer Fortschritt

Die Landwirtschaft ist mit zahlreichen Herausforderungen, wie beispielsweise der Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen, konfrontiert. Um diesen erfolgreich begegnen zu können, ist sie in allen Bereichen auf nachhaltige technische Innovationen angewiesen; hierfür ist eine praxisorientierte und ideologiefreie Agrarforschung von zentraler Bedeutung.

Ein aktueller Megatrend in der Landwirtschaft ist die Digitalisierung. Der Einsatz digitaler Technologien ermöglicht es landwirtschaftlichen Betrieben unter anderem, die Effizienz in verschiedenen Betriebsprozessen zu steigern, gewisse landwirtschaftliche Tätigkeiten zu erleichtern, Umweltbelastungen zu verringern, die Tierhaltung zu verbessern oder auch transparenter zu arbeiten und die Erfüllung von Dokumentationsauflagen zu vereinfachen. Wir wollen dabei sicherstellen, dass insbesondere auch die kleinen und mittleren Betriebe an den Vorteilen der Digitalisierung teilhaben können. Beim Einsatz von Landwirtschaftsmaschinen stehen derzeit noch die Vernetzung und die Gewinnung von Daten im

Vordergrund; in Zukunft werden die Maschinen aller Wahrscheinlichkeit nach sogar selbst Entscheidungen treffen und die Optimierung von Prozessen eigenständig umsetzen können. Die Potenziale in diesem Bereich sind enorm. Wichtig ist uns daher – neben Datenschutz und Datensicherheit – vor allem das Thema der Datenhoheit. Es muss klar sein, dass alle im Rahmen von Big-Data-Anwendungen gesammelten, umfangreichen betrieblichen Datenmengen dem Landwirt gehören. Ihm muss die Datenhoheit und die Verantwortung für ihre Sicherheit obliegen. Eine wesentliche Grundvoraussetzung ist ferner eine leistungsfähige und flächendeckende digitale Infrastruktur, deren Ausbau wir fordern.

Im Bereich der neuen Züchtungsmethoden wie der Genom-Editierung (z. B. CRISPR/Cas9) unterstützen wir die weitere Forschung und Entwicklung in Deutschland. Hier bieten sich große Chancen: Gene könnten künftig auf diesem Wege im Labor schneller identifiziert werden, was wiederum die konventionelle Pflanzenzüchtung erheblich beschleunigen würde. Die Zulassung von Pflanzen aus neuen

Züchtungsmethoden sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt eher kritisch; denn das würde bedeuten, dass die Patentierung von pflanzlichen Eigenschaften extrem zunehmen würde. Insbesondere für kleine und mittelständische Züchtungsunternehmen könnte dies eine abschreckende und innovationshemmende Wirkung haben und ihren Zugang zu einem möglichst großen und vielfältigen Gen-Pool stark einschränken. Im Endeffekt würde diese Entwicklung nur den Konzentrationsprozess im internationalen Saatgutmarkt vorantreiben und die Marktmacht der großen Saatgutkonzerne noch weiter steigern. Auf lange Sicht ist es nicht zum Nutzen der heimischen Bauern, wenn sie von einigen wenigen multinationalen Großkonzernen abhängig sind. Wir treten einer solchen mittelstandsfeindlichen Entwicklung jedenfalls entschlossen entgegen. Wir lehnen Patente auf biologisches Material ab und setzen uns für eine vielfältige und vielfaltsfördernde Pflanzenzüchtung ein.

Unsere Kernforderungen zur Förderung der Agrarforschung und des technologischen Fortschritts:

- Stärkung der Agrarforschung am Wissenschaftsstandort Deutschland
- Aus- und Aufbau einer leistungsfähigen und flächendeckenden digitalen Infrastruktur
- Datenhoheit muss den Landwirten selbst obliegen
- Schutz landwirtschaftlicher Betriebs- und Geschäftsdaten
- Zugang zu einem möglichst großen und vielfältigen Gen-Pool für Pflanzenzüchter



Nachhaltige Waldbewirtschaftung und gesunde Wälder

Die deutschen Waldbesitzer stehen derzeit vor großen Herausforderungen, weil der deutsche Wald über alle Baumarten hinweg durch Trockenheit, Stürme, Pilze und Käferbefall geschädigt ist. Für die Zukunft benötigt Deutschland einen produktiven, gemischten Wald mit genügend Nadelholzanteil. Der dafür notwendige nachhaltige Waldumbau sollte unserer Ansicht nach durch Naturverjüngung und Ergänzungspflanzungen mit hochwertigem Saat- und Pflanzgut erfolgen. Dabei soll zusätzlich zu den standortheimischen Baumarten auch der Anbau von fremdländischen Baumarten möglich sein.

Nach all diesen Schäden reichen die Holzverkaufserlöse allein nicht aus, um den Waldumbau zu finanzieren. Die staatliche Förderung von Ökosystemleistungen im Wald

sehen wir trotzdem eher kritisch, weil sie die Waldbesitzer in eine lange Abhängigkeit zwingen, aus der sie nicht mehr herauskommen. Stattdessen setzen wir im Bereich der chemisch-technologischen Holznutzung auf Innovationsförderungen und werden die sogenannte Holzbauwende weiter vorantreiben. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die deutschen Wälder auch künftig bewirtschaftet werden dürfen. Die Stilllegung von Wäldern aus ideologischen Gründen sowie die Abholzung von Wäldern für Windkraftanlagen lehnen wir ab.

Für einen fachgerechten forstfachlichen Waldumbau ist zudem ausreichend gut ausgebildetes Forstpersonal nötig, denn die heutigen Forstreviere sind zu groß und müssen zeitnah wieder verkleinert werden. Dem Fachkräfte-

mangel werden wir begegnen, indem wir die forstliche Ausbildung an den Hochschulen und den Beruf des Försters wieder attraktiver gestalten. Durch Besuche mit dem Förster vor Ort wollen wir das Interesse von Kindern und Jugendlichen am Wald frühzeitig wecken.

Zur Erleichterung der Bewirtschaftung von kleinparzellierten Waldflächen werden wir die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse wie Waldbesitzerverbände und Forstbetriebsgemeinschaften stärken. Darüber hinaus setzen wir uns für den Abbau von bürokratischen Hürden bei der Antragsstellung von Förderanträgen ein und sorgen dafür, dass eine gute Beförderung auch finanziell sichergestellt ist.

Unsere Kernforderungen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und gesunde Wälder:

- Förderung eines nachhaltigen Umbaus in strukturreiche und gesunde Mischwälder
- Holzbau in Deutschland vorantreiben
- Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse stärken
- Zukunftsfeste forstliche Bildungsarbeit
- Keine Windkraftanlagen in Wäldern

Jagd und Forst gehören zusammen

Die deutschen Jäger übernehmen freiwillig die Verantwortung für die Hege und Pflege der Natur und der Wildtiere und leisten damit einen unersetzlichen gesellschaftlichen Beitrag. Die heutige Jagd bedeutet aber auch die Fortführung einer uralten und bewährten Tradition, die für einen waidgerechten Umgang mit dem Wild steht. Wir setzen uns dafür ein, dieses jagdliche Brauchtum und die Jagdkultur in Deutschland zu bewahren und zu erhalten.

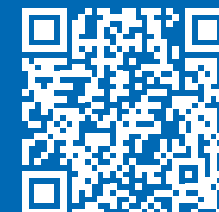
Wir stehen für einen Wald mit Wild. Das bedeutet, dass der notwendige nachhaltige Waldumbau im Einklang mit den Bedürfnissen der Wildtiere erfolgen muss. Dazu müssen forst- und jagdwirtschaftliche Interessen aufeinander abgestimmt werden. Das Wild benötigt Freiflächen zum Äsen, Wildruhezonen sowie ausreichend Waldinnen- und -außenränder. Vor allem die Rotwildgebiete müssen weiträumig und durch den Bau von Wildbrücken vernetzt werden, um drohende hohe Inzuchtgrade zu verhindern. Die bewährte Bejagung unter Berücksichtigung der Regeln der Waidgerechtigkeit wollen wir beibehalten. Eine Lockerung der Jagdzeiten sehen wir eher kritisch. Bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest halten wir alle jagdlichen und wissenschaftlichen Wege wie beispielsweise Impfung, Zäunung, Saufänge und/oder Suchhunde als Option offen.

Weiteren ideologischen Verschärfungen des Waffenrechts sowie einer faktischen Gleichstellung unserer Jäger mit terroristischen Attentätern stellen wir uns entschieden entgegen. Der legale Besitz von Waffen ist ein Ausdruck von Freiheit und daher besonders schützenswert.

Ganzheitliche Ansätze zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest zusammenführen

Drucksache 20/3270

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/032/2003270.pdf>



Unsere Kernforderungen und Anträge für Jagd und Forst:

- Jagdliches Brauchtum und deutsche Jagdkultur bewahren und erhalten
- Wald mit Wild
- Wildökologisch angepasste Bejagung beibehalten
- Keine weiteren Waffenrechtsverschärfungen
- Ganzheitliche Ansätze zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (Bundestagsdrucksache 20/3270)

Mitglieder des Arbeitskreises für Ernährung und Landwirtschaft



Stephan Protschka MdB
Sprecher des Arbeitskreises Ernährung
und Landwirtschaft



Dietmar Friedhoff MdB
Stellvertretendes Mitglied des Arbeitskreises
Ernährung und Landwirtschaft



Frank Rinck MdB
Stellvertretender Sprecher des Arbeitskreises
Ernährung und Landwirtschaft



Steffen Janich MdB
Stellvertretendes Mitglied des Arbeitskreises
Ernährung und Landwirtschaft



Peter Felser MdB
Stellvertretender Sprecher des Arbeitskreises
Ernährung und Landwirtschaft



Enrico Komning MdB
Stellvertretendes Mitglied des Arbeitskreises
Ernährung und Landwirtschaft



Bernd Schattner MdB
Mitglied des Arbeitskreises Ernährung und
Landwirtschaft



Uwe Schulz MdB
Stellvertretendes Mitglied des Arbeitskreises
Ernährung und Landwirtschaft

Der Arbeitskreis in Zahlen*:





FOLGEN SIE UNS



[AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)



fb.com/AfDimBundestag



[@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)



youtube.com/AfDFraktionimBundestag



instagram.com/afdimbundestag/



tiktok.com/@afdfraktionimbundestag



Rundbrief-Abonnement: t1p.de/ycsg



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag,
vertreten durch den Fraktionsvorstand.

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: August 2023

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.